

DIE LUPE

DIE LINKE.

Tempelhof-Schöneberg

März 2010

Bundeswehr auch an Berliner Schulen

Steigende Auslandseinsätze und eine niedrige Akzeptanz in der Bevölkerung für diese, machen es aus der Sicht der Bundeswehr nötig, quantitativ und qualitativ in der Öffentlichkeits- und Nachwuchsarbeit mehr zu werben. Verstärkt in den Fokus geraten sind dabei Schulen der Sekundarstufe I und II, bei denen berlinweit 2009 über 98 Schulen besucht und 3790 Schüler/innen erreicht wurden (nach einer parlamentarischen Anfrage von Steffen Zillich (Die Linke)), die Tendenz sei steigend. Durch gezielte Einflussnahme, nicht nur durch Informationsveranstaltungen ist die Bundeswehr mehr oder weniger flächendeckend in allen Bundesländern präsent. Im Paulsen-Gymnasium in Steglitz waren zwei Offiziere der Bundeswehr eingeladen zum Thema: "Was hat die Bundeswehr in Afghanistan verloren". Die Landesschülervertretung lehnte diese Unterrichtsgestaltung ab „...SchülerInnen (werden) einer Maschinerie in die Arme getrieben, die Tod und Verderben bringt.“ und sie kritisierten die Ordnungsmaßnahmen der Schulleitung bei Nichterscheinen. Sie protestierten außerdem, wie aus ihrer Website hervorgeht: „Für eine Werbeveranstaltung der Bundeswehr darf Unterricht ausfallen, aber für ein verbrieftes Grundrecht auf Versammlungs- und Demonstrationsfreiheit nicht.“

Auch in unserem Bezirk werden gezielt Schulen ausgewählt, am liebsten Gymnasien, die dann von Jugendoffizieren „...die natürlich nur Werbung für die Sicherheitspolitik der jeweiligen Regierung machen und keine alternativen Positionen darstellen“ (Informationsstelle Militarisation (IMI) zitiert nach Oberstleutnant a.D. H. Prieß vom AK Darmstädter-Signal). Arglose, konservative Schulleiter/innen und Lehrer/innen nehmen die Angebote der Bundeswehr „gerne an“, obwohl sie keineswegs wertneutral im Sinne des politischen Bildungsauftrages sind, wenn z. B. im Fach Sozialkunde beispielsweise über die Ausbildung der Bundeswehr geredet wird, wie im Falle eines Oberstufenzentrums in Reinickendorf. Seit 1976 gibt es den bindenden sogenannten Beutelsbacher Konsens mit festgelegten Minimalbedingungen für politische Bildung, um die Chance auf eigene Meinungsbildung zu ermöglichen. Dazu gehören (lt. IMI) drei Grundprinzipien, wie das Überwältigungsverbot, das Kontroversitätsgebot und die Analysepflicht. Diese Vorgaben werden verletzt, denn es geht der Bundeswehr mit Kooperationsabkommen und direktem Kontakt mit den Schulen nicht um politische Bildung, sondern vor allem um gesellschaftliche Akzeptanz des Militärs in der...

Fortsetzung folgt auf Seite 5.

„Sie kommen nicht durch...“

Mit dieser Parole aus dem spanischen Bürgerkrieg wurde zum Protest gegen den erneuten Aufmarsch der Neonazis zum Jahrestag des Bombardements Dresdens am 13. Februar 2010 aufgerufen. Wieder einmal sollte dieser Jahrestag dazu missbraucht werden, die Verbrechen des Nazi-Regimes zu leugnen und Nazi-Deutschland zum Opfer des 2. Weltkrieges umzudeuten. Nun können wir sagen: Sie kamen nicht durch! 12.000 Demonstranten, ein breites Bündnis unter dem Motto: „Dresden stellt sich quer“, konnte diesen größten (genehmigten!) Aufmarsch der Neonazis in Europa erfolgreich verhindern. Ausgerechnet den Bahnhof Neustadt, von dem die Dresdener Juden abtransportiert worden waren, hatten sich die Neo-Nazis zum Aufmarschplatz ausgewählt. Vom frühen Morgen bis zum späten Nachmittag gelang es den vielen Antifaschisten auf den (nicht genehmigten!) Blockade-Treffpunkten rings um diesen Platz in „trauter Gemeinsamkeit“ mit den dazwischen widerwillig mit blockierenden

8000 Polizisten die Neonazis am Aufmarsch zu hindern. Weit ab vom Geschehen formierte sich währenddessen ab Mittag aus 10.000 TeilnehmerInnen eine Menschenkette in sicherlich guter Absicht, die Dresdener Altstadt vor den Neo-Nazis zu schützen. Ohne diese Aktion zu schmälern, kann aber doch ein gewaltbereiter Neo-Nazi-Aufmarsch nicht mit braver Symbolpolitik allein gestoppt werden. Am Ende des Tages konnten wir uns allerdings dann in alter antikommunistischer Tradition in den Medien als „Linksextremisten“ in einem Topf mit den „Rechtsextremisten“ wieder finden. Die Menschenkette wurde zum einzig „richtigen“ Protest gegen die „Extremisten“ idealisiert, ein unerhörter Skandal in der Mehrheit der Berichterstattung, der allerdings eine lange Geschichte hat. Den TeilnehmerInnen an den Blockaden allein gebührt der Dank für die erfolgreiche Verhinderung des Aufmarsches.

Detlef Stoklossa

8. März, internationaler Frauentag

Seit 1911 wird der internationale Frauentag, der traditionell für die Rechte der Frauen, für den Frieden und eine humane Gesellschaft steht, gefeiert. Inzwischen sind die Ziele der Frauen auf grundlegende Veränderung der Verhältnisse, die auch immer mit Geschlechtergerechtigkeit zu tun haben, zur permanenten Aufgabe geworden. Die Frauenbewegung, u.a. aktiv in Gewerkschaften oder linken Parteien bzw. linken Gruppierungen, ist von ihrem Selbstverständnis her solidarisch mit fortschrittlichen Frauen weltweit. Mit Frauen, die oft in lebensgefährlicher, mühevoller Kleinarbeit z.B. andere unterstützen, basisdemokratische Rechte fordern, oder die politischen Zustände ihres Landes anprangern und verändern wollen. Eine solche Frauenorganisation ist **RAWA in Afghanistan**, zu der u.a. deutsche Frauen Kontakte haben. Sie verurteilen den Krieg, der die Lage der Frauen noch verschlimmerte, sie kritisieren aufs schärfste die Taliban und die jetzige Regierung, die durchsetzt ist mit ehemaligen Kriegsherren der Nordallianz, die mitverantwortlich sind für die entrechtete, ...

Fortsetzung auf Seite 4.

Siehe auch Seiten 2. u. 6.

Inhalt: Seite 1. Bundeswehr an Berliner Schulen; Sie kommen nicht durch... u. Internationaler Frauentag Seite 2. Linke gedachte der Kundus-Opfer im Bundestag - und flog raus u. 3. Kommunales Seite 4. Bericht über Monsanto Seite 5. Solidarität mit den Tekel-Beschäftigten Seite 6. Antrag mit zwei neuen Urteilen des BSG; Härtefällen u. Mehrbedarf Seite 7. Suppenküche...; 8. März Frauentag; Newrosfest Seite 8. Bolivien

Linke gedachte der Kundus-Opfer im Bundestag - und flog raus

Einen Skandal leistete sich Parlamentspräsident Lammert (CDU) während der Afghanistan-Debatte im Bundestag: Nachdem Christine Buchholz für die Linksfraktion Schicksale von Hinterbliebenen der zivilen Opfer des von der Bundeswehr zu verantwortenden Angriffs auf einen Tanklastwagen geschildert und die Abgeordneten der Linken Plakate mit Namen von Opfern hochgehalten hatten, schloss Lammert die gesamte Linksfraktion von der Debatte um die Aufstockung der Afghanistan-Truppenkontingents der Bundeswehr aus. Ein einmaliger Vorgang in der Geschichte des Bundestages. Zuvor hatte die Linke vergeblich gefordert, dass es eine Gedenkstunde für die unschuldigen Opfer geben muss. Christine Buchholz hatte sich kürzlich vor Ort mit vom Bombenangriff betroffenen Familien getroffen. Sie gab im Bundestag einen erschütternden Bericht vom Schicksal des 26-jährigen Noor Djan ab, der durch die Explosion seine Hand verlor und als Invalide kaum mehr Möglichkeiten besitzt, Arbeit zu finden und seine hochschwangere Frau und seine drei Kinder zu ernähren. 91 Frauen sind zu Witwen geworden und von Almosen abhängig. Die Afghanin Leila berichtete vom Tod ihrer beiden jugendlichen Söhne, die sich bisher um die kleine Landwirtschaft der Familie gekümmert hatten. Sie sieht nun kaum noch Möglichkeiten, ihre kleinen Töchter zu durchzubringen. Und eine ältere Afghanin namens Bulbul sprach davon, wie sie ihre drei kleinen Enkel verlor, die wie viele andere Kinder zum Fluss, den Ort des entsetzlichen Geschehens, gelaufen waren.

Nach Interventionen leider nur vereinzelter Abgeordneter von SPD und Grünen konnte die Fraktion der Linken zumindest in der Abstimmung über die weitere Aufstockung geschlossen ihr „Nein“ abgeben. Wir werden zusammen mit unserer Fraktion auch weiterhin eine Gedenkveranstaltung und eine angemessene Entschädigung der Hinterbliebenen einfordern! Die Bundeswehr gehört aus Afghanistan abgezogen, sofort! *Carsten Schulz*

Kultur und Ausstellungen im Bezirk

Endlich Gedenkstätte ! (?) - Das SA-Gefängnis Papestraße

Derzeit ist in der „Roten Insel“ (Feurigstr. 67) eine Ausstellung zum SA-Gefängnis Papestraße zu besichtigen. 1933 befand sich in den ehemaligen Schöneberger Eisenbahnerkasernen an der General-Pape-Straße das Gefängnis der sogenannten „Feldpolizei“, einer Sondereinheit der SA-Führung. Insgesamt wurden dort über 2000 Menschen – mehrheitlich politische Gegner der NS-Bewegung – inhaftiert, viele von ihnen gefoltert und Dutzende ermordet. Trotzdem blieb das Gefängnis lange vergessen. Erst 1992 wurde es durch eine Geschichtswerkstatt wiederentdeckt und 1995 erstmals der Öffentlichkeit vorgestellt. Seitdem fordert die Initiative dort in den authentischen Räumen eine Gedenkstätte. Die Ausstellung zeigt die Geschichte dieser Haftstätte und stellt exemplarisch Erlebnisse und Schicksale von Inhaftierten vor.

Homepage der Geschichtswerkstatt Papestraße:
<http://www.gedenkstaette-papestrasse.de/>

Nächste Führung in der Papestraße: 25. April 2010, 11:00 Uhr
Veranstaltung der Volkshochschule Tempelhof-Schöneberg
Mitglieder der Geschichtswerkstatt Papestraße führen durch die Kellerräume des ehemaligen SA-Gefängnisses Papestraße. Die Entdeckung und die Geschichte dieser Haftstätte sowie die Rolle der SA-Feldpolizei werden am historischen Ort erläutert. Der ehemalige Häftling Paul Tollmann berichtet über seine Inhaftierung im April 1933 und Anke Buttka über das Schicksal ihres Vaters, der ebenfalls im SA-Gefängnis Papestraße inhaftiert war.

Treffpunkt: Eingang Werner-Voß-Damm 54a, 12101 Berlin
Die Teilnahme an der Führung ist kostenlos. Vorherige Anmeldung: Telefon 030 - 902 77-3000/-3518
Harald Gindra

Wir waren Nachbarn – 131 Biografien jüdischer Zeitzeugen

Rathaus Schöneberg, Ausstellungshalle
Öffnungszeiten: Mo bis Do, Sa und So von 10.00 bis 18.00 Uhr

2010 ist ein besonderes Jahr für diese Ausstellung, denn sie wird für die nächsten Jahre ganzjährig im Rathaus Schöneberg zu sehen sein. 28.000 Besucherinnen und Besucher und die überregionale Ausstrahlung dieses Projekts haben die Senatskanzlei - Kulturelle Angelegenheiten dazu bewogen, dem Bezirk mit einer Anschubfinanzierung von 100.000 Euro bei seinen Anstrengungen zu helfen. Als „stilbildend“ hat sich das Konzept erwiesen, Geschichte der jüdischen Berliner nicht nur als eine Geschichte von Opfern zu beschreiben, sondern auch als eine von aktiven Bürgern und Nachbarn - vor der Shoah - und die große Leistung der überlebenden Zeitzeugen, welche die Erinnerung wach halten, nicht nur zu würdigen, sondern ihnen einen dauerhaften Ort zu geben.

2010 wird der Schwerpunkt von Ausstellung und Rahmenprogramm auf das Thema jüdische Schulen und Schüler gelegt: Zu den 126 biografischen Alben des Vorjahres kommen u. a. neue über Luise Zickel und ihre jüdische Privatschule und über die Kunst- und Kunstgewerbeschule Reimann in der Landshuter Straße hinzu. Von der Schülerin Doris Kaplan sind viele Briefe an die Eltern erhalten, die von dem schrittweisen Verlust ihrer jüdischen Freundinnen erzählen, bis sie selbst von Berlin aus mit ihrer Mutter ins Ghetto Warschau deportiert wurde. Dort verlieren sich ihre Lebenszeichen. Clara und Albert Reimann konnten zu ihrem Sohn nach England flüchten. Luise Zickel fühlte sich um ihr Lebenswerk gebracht und zu alt für einen Neuanfang. Sie wurde von Berlin nach Riga deportiert.

Weitere Informationen - auch zum Begleitprogramm - unter: www.hausamkleistpark-berlin.de
Harald Gindra

Meldungen aus dem Rathaus

B-Plan 7-29 GASAG beanstandet

Der Bebauungsplan zum EUREF-Projekt ist (erstmal) bei der Senatsverwaltung beanstandet worden. Verschiedene Abstimmungen mit Bahn, Eisenbahnbundesamt und Senat sind nun erforderlich. Solange kann das Verfahren nicht abgeschlossen (amtsdeutsch: „festgesetzt“) werden. Der nachgebesserte B-Plan muss dann wieder der BVV vorgelegt und abgestimmt werden. Keine Rolle spielt für das Bezirksamt, dass Entwickler / potentielle Investoren aktuell die Möglichkeiten des B-Plans (Neubauten für über 500 Mio. € und 5.000 Arbeitsplätze) nicht anzupacken gedenken.

Im Dezember war bekannt geworden, dass die erste Beschlussfassung der BVV durch eine zwielfältige Werbung für das aufgeblasene EUREF-Projekt beeinflusst wurde. Manche sprachen da von „Täuschung“ der Politik, um durch die Umwandlung zum „Kerngebiet“ erhebliche Spekulationsgewinne vorzubereiten. Das Bezirksamt bleibt „optimistisch“, dass das Gebiet Schritt für Schritt entwickelt wird.

Hilfe für „Treber“ mit Maserati

Innovative Ansätze haben es schwer. Da wird dem Ge-

schäftsführer von der Treberhilfe zum Vorwurf gemacht, dass er als Dienstwagen einen Maserati einsetzt. Aber nicht nur übergewichtige, ergraute 50-jährige mögen schnelle Autos. Wahrscheinlich steckt doch eher ein neues Konzept der Treberbetreuung dahinter: So ein Wagen macht Eindruck auf sie und kann sie für Bildungs- und Karrierewege interessieren, die zurück zu einem erfolgreichen, bürgerlichen Lebensweg führen. Dann läßt sich solch eine Karosse finanzieren. Es muss ja nicht immer Social-Profit sein!
Harald

Frauenmärz

Ab **5. März** (18 Uhr) Eröffnungsfest, im Gemeinschafts-haus Lichtenrade) wieder ein buntes Programm mit Kultur, Beratung, Vorträgen, Diskussion, Führungen...u.a.:

11. März: Gleiche Arbeit - Gleiche Rechte - Weniger Geld? Nachbarschaftscfé, Holsteinische Straße 30

21. März: Frauenmärz-Frühstück organisiert von Café Interkulturell und Huzur, Nachbarschaftstreff Bülowstr. 94 (Platzreservierung 90277-4347)

Komplettes Programm: www.frauenmaerz.de

BVV im Februar

Ausufernde, unsoziale Mieterhöhung in ehemaliger Sozialbauwohnung

Über eine Einwohnerfrage erfuhr die BVV von einem Mieter in der Akazien-/Ecke Belziger Straße, dass enorme Mietpreissteigerungen durch einen neuen Erwerber einer nicht mehr anschlussfinanzierten Sozialbauwohnung drohen. Mit dieser gravierenden Kostenexplosion fürchten die angestammten Mieter eine Verdrängung aus ihrem Wohngebiet. Bezirksbürgermeister Band (SPD) bedauerte, dass der Bezirk keine Entscheidungsoptionen habe. Für nicht vertretbare Härtefälle, wäre ein Ausgleich aber vorgesehen. Er wolle mit den betroffenen Mietern ein Gesprächstermin vereinbaren. Hohe Mieten sind ein Problem in dieser Stadt, wenn man bedenkt, dass bei steigender Tendenz, viele Menschen von sehr niedrigen Einkommen, Renten oder Sozialleistungen leben müssen, und der Staat sich aus dieser Verantwortung zurückzieht.

Unzureichende Sicherheitsvorkehrungen an Schulen bei andauernder Eisglätte

Eine Privatfirma, die für die Streuung bzw. Eisbeseitigung an Schulen zuständig war, versagte bei ihren Aufgaben. Dies kam bei einer Mündlichen Anfrage eines SPD-Verordneten zutage. Zum Glück gab es trotz der vielen Pannen keine Unfälle, auch nicht bei den körperlich behinderten Kindern, wo eine Einschränkung des Schulbesuchs befürchtet wurde. Es wurden 260 Mängelmeldungen bekannt und für 37 Objekte wurde die Bezahlung gestrichen. Durch die Mithilfe der Hausmeister konnte Schlimmeres verhindert werden. Vielleicht hat man jetzt für den nächsten Winter gelernt, die BSR steht für Zuverlässigkeit und billige Firmen können am Ende teuer sein.

Zukunftsplanung am Werdauer Weg ungewiss

Bei einer Großen Anfrage der SPD ging es um

das Gewerbegebiet Werdauer Weg am S-Bahnhof Schöneberg. Ungeklärt sei die Frage der Planfeststellung bei Bahnflächen. Es fehlten Unterlagen über die eine Planfeststellung und der Senat, der das Verfahren an sich gezogen hat, wird Widerspruch einreichen. Eine unrühmliche Rolle dabei spielt auch die VIVICO (bahneigener Betrieb), die nur an Meistbietende verkaufen wolle. Das Gelände kann vorher nicht bebaut werden, auch wenn es schon interessierte Nutzer laut Baustadtrat Krömer (CDU) gibt. Ein Vertreter der Grünen meinte, die Frage der Planfeststellung sei irrelevant und die Kommune könne einen Bebauungsplan aufstellen. Einig ist man sich fraktionsübergreifend und auch von Senatsseite, was man am Werdauer Weg nicht will. Statt großflächig betriebenen Einzelhandels, soll ein interessantes Gewerbegebiet weiterentwickelt werden.

Kleingärtner fürchten um ihre Existenz

Per Dringlichkeitsantrag Drs. 1326 (von SPD, CDU, B'90/Grüne) wurde in der BVV über eine Willensbekundung zum Erhalt der Kleingartenanlage Säntisstraße abgestimmt. Die Zustimmung, außer von der FDP, war für die 50-80 Anwesenden Kleingärtner erst mal ein beruhigendes Zeichen, dennoch ist der Rechtsstreit noch nicht beigelegt. Laut geltendem Baurecht kann der Enderwerber den geplanten Gewerbepark dort einrichten. Das Bezirksamt kann eine Baugenehmigung nicht grundsätzlich verhindern, höchstens z.B. Bestimmungen über Luftverschmutzung oder Lärmbelästigung geltend machen. Besonders die Neuansiedler mit hohen Investitionen, fühlen sich getäuscht, da man ihnen bei der Anmietung glauben machte, dass in den nächsten 10 Jahren dort nichts passiere. Der Bezirk hat ein Interesse am Erhalt dieser Kleingartenanlage wegen "positiver Klimaeffekte" und einer "erhaltenswerten Freizeitgestaltung".

Elisabeth Wissel

Weitere BVV-Vorlagen im Februar

An dieser Stelle wollen wir die Transparenz über die Arbeit der BVV verbessern. Wir listen stichpunktartig eine Auswahl der behandelten Vorlagen und ihre Beratungsergebnisse auf. (Drs. = Drucksache; BA = Bezirksamt; BE = Beschlüßempfehlung; KL = Konsensliste; MzK = Mitteilung zur Kenntnisnahme; FM = Gebäudewirtschaft)

- Bürgerversammlung und Planungskonferenz in Lichtenrade (Drs. 1311 von SPD und CDU) Ergebnis: Beschluss (KL)
- Seniorenvertretung bei der Jahresplanung der Seniorenbetreuung einbeziehen (Drs. 1312 von B'90/Grüne) Ergebnis: Beschluss (KL)
- Privatisierung von Bundesvermögen: Örtlichem Mittelstand Perspektiven schaffen! (Drs. 1314 von SPD) Ergebnis: Überweisung in Ausschuss Wirtschaft (KL)
- Gedenken und Geschichte in Schöneberg: ja, aber bitte richtig - Streit um „Revolutionssäule“ (Drs. 1315 von CDU) Ergebnis: Überweisung in Ausschuss Bildung und Kultur (KL)
- Schlaglochprogramm für die Bezirke (Drs. 1318 von CDU) Ergebnis: Beschluss (KL)
- Beteiligung der BVV bei der QM-Mittelvergabe (Drs. 1319 von CDU) Ergebnis: Überweisung in

- Hauptausschuss sowie Frauen, Integration und Quartiersentwicklung (KL)
- Klassengrößen bei der Kosten- und Leistungsrechnung angemessen berücksichtigen (Drs. 1265 BE aus Hauptausschuss) Ergebnis: Beschluss (mehrheitlich)
- Wort halten am Baußnerweg! (Drs. 1292 BE aus Hauptausschuss) Ergebnis: Beschluss (mehrheitlich)
- Sprachkompetenzklassen („Deutsch-Garantie“) fördern (Drs. 1269 BE aus Schulausschuss) Ergebnis: Beschluss
- Bildungspolitische Ziele in die Schulentwicklungsplanung (Drs. 1271 BE aus Schulausschuss) Ergebnis: Beschluss
- Bezirkliches Einzelhandels- und Zentrenkonzept (Drs. 1223 BE aus Ausschuss Stadtplanung) Ergebnis: Beschluss
- Kiezentwicklung voranbringen - Bahnflächen (Drs. 0379 und 0381 MzK des Bezirksamts) Ergebnis: Überweisung in Ausschuss Stadtplanung (KL)
- Kohlehandlung B. Meyer - Stätte des Widerstandes (Drs. 0994 MzK des Bezirksamts) Ergebnis: Zur Kenntnis genommen (KL)

Harald Gindra

Unser

Bezirksverordneter



Harald Gindra

Termine nach telefonischer Vereinbarung

Telefon: 0173 84 27 249

E-Mail: Linke.bvv.ts@googlemail.com

Büro und Erreichbarkeit im Rathaus Schöneberg Raum 2036

Telefon: 030/ 90 2 77 48 98

Sprechstunde: Immer donnerstags von 17 bis

19 Uhr

Arbeitskreis

Kommunales AKK

In offener Diskussion, Gäste sind ausdrücklich eingeladen, begleitet der Arbeitskreis (AKK) unsere Arbeit in der BVV. Mitglieder, andere kommunal Interessierte und von bezirklichen Entscheidungen Betroffene können auf diese Weise Einfluss auf Vorlagen der BVV nehmen.

AKK Termine:

Freitag 12. März und 26. März, 18.30 Uhr, im Rathaus Schöneberg, Raum 2036.

Direkte Demokratie

Wir fordern auf, die Einwohnerfragestunde zu jeder monatlichen Bezirksverordnetenversammlung (BVV-Sitzung) zu nutzen. Alle bezirklichen Themen können angesprochen werden. Wir unterstützen gerne dabei. Interessierte sind ständig eingeladen, auch die Beratungen der Ausschüsse der BVV zu besuchen. Informationen sind bei uns zu erhalten.

Bezirksverordneterversammlung (BVV)

Die nächste öffentliche BVV-Sitzung findet am Mittwoch, den 17. März um 17 Uhr im Rathaus Schöneberg, BVV-Saal statt.

Buchtipp:

„Der gekaufte Staat“

Wenn man wissen möchte, wer in diesem Staate Einfluss auf die Erarbeitung von Gesetzesvorlagen nimmt, in erster Linie gewählte Politiker, die sich dem Allgemeinwohl verpflichtet fühlen, oder Menschen, die im Solde von Unternehmen stehen, sollte man das Buch von Sascha Adamek und Kim Otto, „Der gekaufte Staat, wie Konzernvertreter in deutschen Ministerien sich ihre Gesetze selbst schreiben“ (Kiepenheuer & Witsch, ISBN: 978-3-462-04099-9) lesen.

Die richtigen Fragen

Hier werden die richtigen Fragen gestellt: „Warum nimmt der Fluglärm zu? Warum werden Strom und Gas immer teurer? Warum dürfen Heuschrecken Deutschland abgrasen? Warum wird Gesundheit immer teurer? Warum wurde die LKW-Maut zum Desaster? Warum wissen wir nicht, wie viel Gift in unserer Kleidung ist?“ und so manche Frage mehr. Und die Antworten werden auch gegeben: Unter anderem deshalb, weil im „verschlinkten Staat“ in den Ministerien „Leihbeamte“ aus der Wirtschaft sitzen, die dort das in Gesetzesvorlagen schreiben – oder weiterleiten – was ihre Auftraggeber gerne in den Gesetzen stehen haben möchten.

Die „Drehtür“

Und auch hier wieder müssen wir lesen, dass „Rot-Grün“ ein Turbo-Beschleuniger dieses Phänomens war. So waren auch Minister a. D. Werner Müller und Minister a. D. Wolfgang Clement besonders markante Beispiele für den Hin- und Herwechsel zwischen Politik und Wirtschaft, ja, und auch nicht zu vergessen, der Kanzler a. D. Gerhard Schröder! Aber natürlich werden es die „Schwarz-Gelben“ nicht weniger bunt treiben, sondern, wenn die Schleusentore nun schon mal geöffnet sind...! *Andreas Schlüter*

MONSANTO:

EINE KRIMINELLE VEREINIGUNG?

1901 wurde die Firma Monsanto von John F. Queeny gegründet und produzierte damals Saccharin (Süßstoff) und Koffein. In den Vierziger Jahren kam die Produktion von polychlorierten Biphenylen (eine Stoffklasse aus dem „dreckigen Dutzend“ von Stoffen, die seit 2001 durch die Stockholmer Konvention verboten sind) hinzu. Die Produktion und die damit verbundene Verseuchung forderte nicht nur am Produktionsort viele Krebstote, sondern hat die ganze Welt bis in die Polregionen verseucht. Die Schadensersatzurteile sind am Profit gemessen wohl als jämmerlich zu beurteilen. 1960 erweiterte man den Geschäftsbereich drastisch auf Agrarchemie und verändertes Saatgut. Im Vietnamkrieg war Monsanto intensiv an der Herstellung des Entlaubungsmittels Agent Orange beteiligt. Eine Klage der vietnamesischen Opfer dieses „Teufelszeugs“ wurde im März 2005 von einem US-Gericht abgelehnt.

Der Krake wächst

Seit 1974 nahm Monsanto die Produktion von „Roundup“, einem Unkrautvernichtungsmittel, oder besser gesagt Pflanzenvernichtungsmittel, auf. Angeblich sollte es biologisch abbaubar sein und die Umwelt nicht belasten, was gelogen war, es wird noch davon die Rede sein. 1994 wurde die Produktion eines Hormons zur Steigerung der Milchleistung von Kühen aufgenommen, das bereits eine Geschichte der Einschüchterung von Experten (inklusive der Vernichtung wissenschaftlicher Karrieren) und Korruption insbesondere im Sinne des „Drehtür-Prinzips“, des Wechsels von Funktionsträgern zwischen dem Konzern und der US-Administration liefert. 2008 verkaufte man Rechte und Produktion an Eli Lilly & Company. 1997 wurde Calgene, eine weiterer Landwirtschaftskonzern (Hersteller einer besonderen Tomatenzüchtung), übernommen. Anfang 2005 wurde Semenis übernommen, ein Hersteller von Obst und Gemüsesaat. Insgesamt wurden über 50 Saatguthersteller von Monsanto übernommen.

Gift und „Gegengift“

Wenn man Gifte wie Roundup herstellt, ist ein „genialer“ Coup, auch die „Gegengifte“, beziehungsweise resistente Pflanzen herzustellen. Und so machte sich Monsanto daran, durch Genmanipulation resistente Pflanzen zu erzeugen, sogenannte „Roundup-Ready“-Pflanzen, angefangen mit Soja. 1996 ging es richtig los. Die Bush-Administration hatte vorbereitet und Clintons Regierung zog danach willig mit. Hinzu kamen weitere Genmanipulationen, um Resistenzen zu erzeugen (die oft die Resistenz gegen andere Schädlinge minderten). Die so erzeugten Pflanzen waren natürlich patentiert und ein rigides System wurde eingeführt, dem nicht wenige Farmer in den USA zum Opfer fielen, die von der „Monsanto-Polizei“ gnadenlos auch schon wegen des Verdachts der illegalen Aussaat (es darf nichts von der Ernte als Saatgut zurückbehalten

werden, Saatgut muss erneut gekauft werden) verfolgt wurden. Aber auch der nächste Schritt ist getan: die „Terminator-Technologie“, ein gentechnische Veränderung von Pflanzen, die verhindert, dass Saat, die nicht in bestimmter Weise biochemisch behandelt wird, eigenständig auskeimt. Diese Technologie wurde von Delta & Pine entwickelt, die Firma wurde 2005 von Monsanto übernommen, ebenso wie die Firma Emergent Genetics Inc., ein Hersteller von Baumwollsaatgut. 2009 kam WestBred, Hersteller von Weizensaatgut, hinzu.

Der Griff nach der Welt

In den übrigen Industrieländern gibt es immer wieder Auseinandersetzungen um die Fragen der genveränderten Pflanzen, auch wenn durch Druck selbst Tony Blair offenbar Monsanto-freundlich in eine Auseinandersetzung eingriff. Aber besonders schutzlos sind viele Länder der „Dritten Welt“ bzw. aufstrebende Länder den Machenschaften ausgeliefert. Monsanto versucht, den Saatgutmarkt Indiens zu beherrschen, mit katastrophalen Folgen insbesondere für die Baumwollfarmer, eine breite Selbstmord-Spur von in ihrer Existenz vernichteten Kleinbauern zieht sich durch den indischen „Baumwollgürtel“. Insbesondere die latein-amerikanische Maisproduktion wird durch die einkreuzungsmäßig bedingte Zerstörung uralter Maissorten schwer geschädigt, unsägliche Monokulturen breiten sich aus. Und dann der Griff nach Afrika (Südafrika gestaltet mittlerweile seine Bestimmungen zu Monsanto voller Zufriedenheit). Der ehemalige Vizepräsident von Monsanto, Robert Hosch, und Kent Lawrence, Jurist aus dem Umfeld von Monsanto, stießen zur „Bill and Melinda Gates Foundation“, die sich mit philanthropischen Gepränge anschiekt, Afrika fest in den Griff der Gentechnologie zu bringen, insbesondere über die „AGRA“-Initiative für eine „zweite Grüne Revolution“ Sogar die für Afrika äußerst wichtige Kassava-Pflanze (Maniok) will man gentechnisch verändern. Wir werden weiter über diese Machenschaften berichten. Ansehen sollte man sich im Internet den ARTE-Bericht „Mit Gift und Genen“, der eindrucksvoll belegt, dass dieser Konzern im Verbund mit anderen US-amerikanischen Konzernen die Nahrungskette der Welt unter Kontrolle bringen will. Offenbar kann man die obige Frage nur mit „ja“ beantworten, eine kriminelle Vereinigung mit erheblichem terroristischen Potential!

Andreas Schlüter

Berichtigung:

Auf Grund einer technischen Panne ist mir leider in der vorigen Februar-Ausgabe ein bedauerlicher Fehler unterlaufen:

Das Atelier von Gönül Hürriyet Aydin (S. 4: „Kiez-Oase des Menschlichen“) heißt korrekt: „Gönül’s Art Atelier“. Ich bedauere das Missgeschick

A.S.

Fortsetzung von Seite. 1

8.März,

internationaler Frauentag

...demütigende Lage der Frauen. Außerdem ist RAWA aktiv im pakistanischen Grenzgebiet bei der Unterrichtung von Frauen und Mädchen und der Leitung von

Waisenhäusern. Eine unerschrockene afghanische Kämpferin ist auch Malalei Joya, die als erste gewählte Frau in einer verfassungsgebenden Versammlung u.a. die teilnehmenden fauenfeindlichen warelords mit Worten angriff und seither in Lebensgefahr ist.

Fortsetzung auf S. 5

Solidarität mit den Tekel-Arbeiter_innen in der Türkei



Fotos: Dayanisma Komitesi

Seit dem 15. Dezember befinden sich in Ankara rund 12.000 Beschäftigte des staatlichen Tabakmonopols, TEKEL, im Arbeitskampf. Die von Recep Tayip Erdogan geführte Regierung hat TEKEL im Zuge der Privatisierung an den US-Konzern British American Tobacco verkauft. Jetzt geht es darum die restlichen noch staatlichen 40 Lagerstätten endgültig stillzulegen. Obwohl die Privatisierung im Jahr 2008 stattfand, erfuhren die Beschäftigten aus den Lagern, was sie erwarten wird, erst vor vier Monaten: Die Regierung bietet den Beschäftigten von TEKEL lediglich den so genannten 4C-Status mit drastischen Lohnkürzungen bis zu 50 Prozent, ohne Kündigungsschutz und ohne Recht auf Gewerkschaftsmitgliedschaft, an.

Der türkische Staat hat bisher unzählige Beschäftigte unter 4-C-Bedingungen eingestellt. Die Beschäftigten der Zuckerindustrie gehören zu den Ersten.

Die Beschäftigten von TEKEL fordern die Übernahme in andere staatliche Betriebe mit den bisher errungenen Rechten.

Die Streikenden in Ankara sind aus dem ganzen Land zusammengekommen. Seitdem leben sie mit ihren Familien in Zelten in der Innenstadt. Die Einwohner von Ankara organisieren die Versorgung der Streikenden mit Nahrungsmitteln, Getränken und warmen Decken. Viele von ihnen haben für die Streikenden ihre Türen geöffnet.

Am 17. Januar gingen rund 100.000 Menschen mit den Tekel-Arbeiter_innen auf die Straße. Nach ergebnislosen Verhandlungen gab es Anfang Februar einen Solidaritätsstreik, zu dem die fünf Gewerkschaftsdachverbände gemeinsam aufriefen. An diesem landesweiten Streik beteiligten sich mehrere Millionen Beschäftigte. Um ihnen ihre Solidarität zu zeigen, besuchten zuletzt am 20. Februar aus dem ganzen Land mehr als

20.000 Menschen, die in Ankara kampfierenden Tekel-Beschäftigten.

Der türkische Ministerpräsident Erdogan nennt die Proteste der Tekel-Arbeiter_innen illegal und will sie Ende Februar beenden. Bereits zu Beginn des Arbeitskampfes hat die Polizei versucht mit Schlagstöcken, Tränengas und Wasserwerfern die Proteste zu unterdrücken. Dieser Versuch war erfolglos. Obwohl bisher auch etliche Arbeiter_innen festgenommen worden sind, halten die Tekel-Arbeiter_innen an ihren berechtigten Kampf fest. Sie sind entschlossen. Sie wollen Ankara nicht verlassen, wenn ihre Forderungen nicht erfüllt werden.

Die aus ganz unterschiedlichen Ecken der Türkei zusammengekommenen Arbeiter_innen und ihre Familien lassen sich nicht in Türken, Kurden, Lasen oder in Sunniten und Aleviten spalten. Sie halten zusammen im Kampf gegen die Privatisierung.

Auch die Berliner_innen haben die Tekel-Arbeiter_innen nicht alleingelassen. Ende Januar wurde in Berlin, wie in vielen anderen Städten Deutschlands auch, ein Solidaritätskomitee gegründet. Um den Kampf der Arbeiter_innen zu unterstützen, auch finanziell, organisiert das Komitee seit seiner Gründung wöchentlich Kundgebungen. Inzwischen besuchten drei Vertreter des Komitees die Beschäftigten in der Türkei und überreichten das bisher gesammelte Geld. Damit konnten rund 1500 Arbeiter_innen mit einem warmen Mittagessen versorgt werden. Wir sehen den tapferen Kampf der Tekel-Arbeiter_innen als Teil unseres gemeinsamen Kampfes gegen Neoliberalismus, Privatisierungen und Massenentlassungen. Wir sind Teil des Komitees und lernen dabei aus den Erfahrungen dieser Menschen.

Figen Izzin



Fortsetzung von S. 1

Bundeswehr an Berliner Schulen

... Sicherheitspolitik. Dazu gehören die militärische Sicherung von Rohstoffen, Marineeinsätze vor der Küste Somalias, oder auch die Rechtfertigung des Krieges in Afghanistan. Junge Menschen sollen überzeugt werden, dass der Dienst an der Waffe ein normaler Beruf sei. Bei diesen Unterfangen werden keine Kosten und Mühen gescheut; es gibt bereit gestelltes Unterrichtsmaterial, Einbindung von Jugendoffizieren in der Aus- und Fortbildung von Referendar_innen, Klassenausflüge in lokale Kasernen, oder Werbeanzeigen in Schülerzeitungen. Ein besonderer Schwerpunkt um junge Menschen für das Militärische zu begeistern liegt bei dem Simulationsspiel POL&IS (Politik und intern. Sicherheit). Dagegen haben Vertreter_innen der Friedensbewegung keine Chance an Schulen mit Kindern und Jugendlichen über Alternativen für eine friedliche und gerechte Welt zu diskutieren.

Elisabeth Wissel

Fortsetzung von Seite 4

8. März, internationaler Frauentag

Der internationale Frauentag gedenkt all jener Aktivistinnen im großen wie im kleinen, die für eine bessere Welt kämpfen und ermutigt Frauen und Männer gemeinsam sich gegen die zunehmenden existentiellen Bedrohungen zu wehren.

Elisabeth Wissel



Härtefälle und Mehrbedarf

Das Bundessozialgericht hat am 18.2.2010 in einem weitem Fall kurz nach der Verkündung zur Höhe des Kinderregelsatzes ein Urteil zu so genannten „Härtefällen“ gesprochen.

Sonderleistungen, zum Beispiel Mehrbedarfe, können auch rückwirkend beantragt werden, wenn die Bescheide nicht rechtskräftig sind.

Der Mehrbedarf (zum Beispiel für kostenintensivere Ernährung) muss „unabweisbar, laufend, nicht einmalig sein“.

Eigentlich konnte bis jetzt nie rückwirkend beantragt werden, bzw. bei einem positiven Bescheid wurde immer erst ab Antragsdatum gezahlt.

Dies ist sicher auch eine kleine Korrektur der Hartz-IV-Gesetze
AZ.: B 4 AS 49/09 R

Josef Moß



AK ELViS

Rote Insel, Feurigstr. 68

Hilfe und Beratung zu ALG-2 und Soziales

Jeden Dienstag, 17-19 Uhr
Jeden Donnerstag, 10-12 Uhr

Erwerbslosenfrühstück

Jeden 2. u. 4. Donnerstag,
10-12 Uhr

Jobcenter - Aktionen

Wolframstrasse 89-92
Jeden 1. u. 3. Dienstag,
10-11 Uhr
Jeden 1. u. 3. Donnerstag,
16.30 -18.00 Uhr

Wer mißbraucht hier Steuermittel? oder: Wo sind die Sozialschmarotzer?

Wenn man über den Mißbrauch von Steuern im Zusammenhang mit Sozialleistungen spricht, denken viele gleich an Sozialleistungsmissbrauch. Dies ist staatlicherseits so gewollt, lenkt aber von anderen Fragen ab, die auch im Zusammenhang mit dem Mißbrauch von Steuern stehen. Steuern bezahlen übrigens alle, egal, ob vom Einkommen oder einfach „nur“ Mehrwertsteuer, Energiesteuer, Tabaksteuer oder Biersteuer usw.

Alle Mitarbeiter des Öffentlichen Dienstes, also auch Mitarbeiter der Bezirksämter und auch des JobCenters werden aus von uns gezahlten Steuern bezahlt, ob es nun Angestellte sind oder Beamte.

Damit lohnt es sich doch auch, einmal zu sehen, wie „auf dieser Seite der Medaille“ der Mißbrauch von Steuergeldern aussieht, der vermutlich die Summe der „mißbrauchten Sozialleistungen“ um ein Vielfaches übersteigt.

Dazu einige Beispiele:

Fall 1

Eine Schülerin, Mitglied einer Bedarfsgemeinschaft nach SGB II, arbeitet in den Ferien und vergißt, die erarbeiteten 180 Euro dem JobCenter mitzuteilen. Das JobCenter beanstandet dies und rechnet das Geld als Einkommen im entsprechenden Monat an, verlangt die Rückzahlung der überzahlten Summe. So weit so schlecht.

Aber die Sache war damit noch nicht beendet. Es flatterte ein Strafbefehl ins Haus, von einem Richter unterzeichnet und außerdem kündigten sich die Steuer- und die Zollfahndung an.

Nach Empfehlung in unserer Beratung hat die Betroffene einen Anwalt aufgesucht, der mit einem Schreiben auf die Unverhältnismäßigkeit der Mittel aufmerksam machen konnte. Die Sache wurde beendet. Der Anwalt wurde übrigens mit Beratungshilfeschein bezahlt.

Was hat in diesem Fall die Beschäftigung der Staatsanwaltschaft, des Gerichtes, der Steuer-, der Zollfahndung gebracht? Nur die Verschwendung von Steuergeldern!!!

Fall 2

Eine junge Frau erleidet hochschwanger einen Unfall und eine Fehlgeburt. Daraufhin verlangt das JobCenter den Mehrbedarf für die Schwangerschaft zurück. Nervlich völlig an Ende kommt sie in unserer Beratung. Wir können den faux pas mit einem entsprechenden Schreiben beenden.

Wer hat die Arbeitszeit der Mitarbeiterin bezahlt, in der sie diesen Brief geschrieben hat und erst einmal auf die Idee kam, diesen Brief schreiben zu wollen? Natürlich der Steuerzahler!!

JobCenter Tempelhof-Schöneberg, Wolframstr.89-92, 12105 Berlin; BG- Nr,

Hiermit beantrage ich die Übernahme des Zusatzbeitrags zur Krankenversicherung von zur Zeit ... € pro Monat, ab Februar 2010. Diese Kosten sind nicht im Regelsatz enthalten, sind aber für die Krankenversicherung notwendig.

Die Deutsche Angestellten Krankenkasse (DAK) z. B. sagt ihren Kunden in einem Anschreiben, Arbeitslosengeld II-Bezieher sollen den Zusatzbeitrag bei ihrem Leistungsträger beantragen.

Fall 3

Für einen Arbeitslosengeld-II-Empfänger überweist das JobCenter die Miete direkt an den Vermieter. Wie bekannt, gibt es dafür vom JobCenter keinerlei Nachweise. Eine Kontrolle der Zahlungen durch den Mieter ist also nicht möglich. Eines Tages flattert dem Arbeitslosengeld II-Empfänger eine Mahnung für ausstehende Mietzahlungen ins Haus, die umgehend an das JobCenter weitergeleitet wird. Mietzahlungen werden weiterhin nicht geleistet. Es wird ein Anwalt eingeschaltet. Der erreicht eine teilweise Zahlung der Rückstände. Mahnkosten des Vermieters wurden vom JobCenter nicht beglichen und werden jetzt eingeklagt.

Wer bezahlt die schlampige Arbeit der JobCenter-Mitarbeiter, des Anwaltes und des Gerichtes (Beratungs- und Prozesskostenhilfe)? Natürlich der Steuerzahler!!

Schon anhand dieser drei Extremfälle ist nachvollziehbar, daß Steuerverschwendung, die „nichts“ mit Sozialleistungsmissbrauch zu tun hat, einen entschieden größeren Umfang erreicht als jeder mögliche „Sozialleistungsmissbrauch“.

Auch die massenhaften Rückforderung von 20 Euro Kindergeld im Januar 2010 stehen in keinem Verhältnis zum Ertrag.

Die JobCenter (wer sonst) hatten vergessen, den Hartz-IV-Empfänger mit Kindern das Geld als Einkommen anzurechnen.

Eigentlich doch ein kleines nachträgliches Weihnachtsgeschenk für die wirklich Bedürftigen.

Hat da ein Mitarbeiter mal sozial gedacht und seinen Ermessensspielraum im Sinne der Kinder genutzt? Frau v. d. Leyen aber ist der Meinung, das muß zurückgezahlt werden, koste es was es wolle. Basta.

Ein weiteres aktuelles Beispiel für die absurden Gedankengänge in Behörden ist die Einführung des „Zusatzbeitrags“ der Krankenkassen ab Februar 2010.

Monat für Monat sollen zum Beispiel die Mitglieder der Deutschen Angestellten Krankenkasse (DAK) 8 Euro zusätzlich an die Kasse abführen.

Der Verwaltungsaufwand ist immens, der Hartz-IV-Empfänger verliert mehr als zwei Prozent seines Einkommens.

Selbst der Hinweis der Krankenkassen, die Hartz-IV-Empfänger mögen das Geld doch beim JobCenter einfordern (vermutlich dann auch einklagen), verschiebt den Verwaltungsaufwand nur an eine andere Stelle. Den folgenden Antrag sollten all die sofort stellen, die von Ihrer Krankenkasse Post mit der Aufforderung zur Zahlung des Zusatzbeitrags bekommen haben.

Dagmar Krebs

Ich bitte sie um eine Bestätigung des Einganges dieses Schreibens und um schnelle Bearbeitung des Antrags, damit keine Mahnkosten etc. entstehen.

Mit freundlichen Grüßen
(Ende des Musterbriefes)

Dagmar Krebs

Aktuelle Rechtsprechung des Bundessozialgerichts

vom 18.2.2010

Berliner Zeitung vom 19.2.2010:

JobCenter müssen Hartz-IV-Bezieher „konkret, eindeutige“ Fortsetzung auf Seite 7

Suppenküche, Lebensmittelausgabe und Berliner Tafel

Wem hilft das wirklich?

Die Suppenküchen in der Stadt haben Zulauf wie nie zuvor. Zu jeder Saison werden es mehr.

Die Anzahl der Lebensmittelausgaben (LMA) nimmt ständig zu, manche haben inzwischen zwei oder mehr Ausgabetermine in der Woche.

Die Berliner Tafel in Zusammenhang mit „Laib und Seele“ vermeldet fast wöchentlich Höchstleistungen beim Einsammeln von Spenden und Lebensmitteln.

Ohne Zweifel: Die „Vertafelung“ der Gesellschaft, vor allem in der Rezession, schreitet voran.

Nicht nur die Ärmsten scheinen sich mit der Situation zu arrangieren.

In Schöneberg mit seinen vielen Problembereichen scheint die „Versorgung“ gesichert.

Der Hartz-IV-Empfänger erhält nach Wartezeit gegen eine kleine Spende an folgenden Orten Lebensmittel, die die Grundversorgung ergänzen sollen:

-Der Diakonieladen in der Rubensstraße 87, 12157 Berlin (Montag 13:00-16:00 Uhr; Tel.: 70720549)

-Kiebez in der Hauptstraße 48, 10827 Berlin (Dienstag und Freitag ab 13:00 Uhr Tel.: 01773017317 oder 7815887)

-American Church am Dennewitzplatz, 10783 Berlin (Freitag 16:30-18:00 Uhr; Tel.: 8132021)

In „Sozialkaufhäusern“ gibt's den günstigen Kühlschrank oder Ersatz für das defekte oder gestohlene Rad.

Früher waren es fast ausschließlich engagierte ehrenamtliche Mitarbeiter, die einen Teil ihrer Freizeit im sozialen Bereich opferten.

Heute werden sie immer öfter von Ein-Euro-Jobbern

verdrängt. Diese sind bequemer als Ehrenamtliche - mit denen muß man nicht diskutieren.

Die müssen sich ja eingliedern: Pünktliches, gepflegtes Erscheinen sollen sie üben, wenn sie nicht funktionieren, greifen die Sanktionen des JobCenters.

Schummelt der Staat sich so preisgünstig aus seiner Pflicht und werden der Lebensmittelindustrie die Entsorgungskosten erheblich gesenkt mit kostenloser Werbung?

Werden hier Nachbarschaftshilfe und Pflichten des Staates ad absurdum geführt? Stiehlt sich der Staat auf Kosten von Erwerbslosen aus seiner Pflicht?

Wird hier Lohndumping durch Ein-Euro-Jobber gefördert?

Die FDP freut sich sicherlich über die Entwicklung der Lohnspirale.

In der „Bild am Sonntag“ vom 22.2.2010 fordert G. Westerwelle inzwischen einen Arbeitszwang und die Senkung der Regelleistung für Erwerbslose.

Ist das der Anfang von Arbeitsdienst oder nur moderne Sklavenhaltung?

Als ehrenamtlicher Mitarbeiter zeitweise sogar in zwei Lebensmittelausgabestellen halte ich die „Personalentwicklung“ in den Ausgabestellen schon für bedrohlich: Engagierte verlassen aus Frust ihre ehrenamtliche Position.

Es scheint ein Kampf zu sein zwischen den „entlohnten“ Ein-Euro-Jobbern und den „unbezahlten“ Ehrenamtlichen (auch keine Aufwandsentschädigung, was ja möglich wäre).

Eine bedrohliche Entwicklung.

Josef Moß

Fortsetzung von Seite 6

Aktuelle Rechtssprechung des Bundessozialgerichts

tig, verständlich und zutreffend“ belehren, bevor sie das Arbeitslosengeld II kürzen, zum Beispiel bei Abbruch eines Ein-Euro-Jobs.

(AZ.: B 4 AS/ 49 / 09 R)

Auch bei in getrennten Wohnungen lebenden Eheleuten kann das Einkommen des einen Partners beim anderen angerechnet werden, so dass von einer „Versorgungsehe mit gegenseitiger Unterstützung“ auszugehen ist.

(AZ.: B 4 AS/49 / 09 R)

Näheres in der nächsten Lupe

Dagmar Krebs

Internationalen Frauentag Diskussions- und Kulturveranstaltung

Die Basisorganisation der Partei Die Linke in Schöneberg lädt ein zum Internationalen Frauentag. Diskussions- und Kulturveranstaltung mit **Heidi Kloor: Die heutige politisch-rechtliche Situation der Frauen auf dem Arbeitsmarkt. Kulturelle Darstellung mit Claudia von Gelieu als Clara Zetkin. Am 8.3. 19 Uhr** in der Roten Insel, Feurigstr. 68

NEWROZ
KURDISCHES NEUJAHRSFEST

RednerInnen
Petra Pau
Vizepräsidentin des Deutschen Bundestages/ MdB DIE LINKE
Dr. Klaus Lederer
Vorsitzender der Partei DIE LINKE, Berlin/MDA
Riza Baran
Vorsitzender der Kurdischen Gemeinde
Yasemin Aktay
Landesarbeitsgruppe Migration und Flüchtlingspolitik-
Emanzipation und Antirassismus (LAG MFEA)
Hasan Hüseyin İnan
(LAG MFEA)

Kulturprogramm mit
Lüne
Grün Canla
Baris Sahin, Güngör Akyol
Hasan Hüseyin İnan
Halay
Dia-Show

Eintritt frei

20. März 2010 - 16.30 Uhr / Samstag **Lagerfeuer**

DIE LINKE.
LAG MFEA
Die LINKE Tempelhof - Schöneberg & Friedrichshain - Kreuzberg
Unterstützer:
Kurdische Gemeinde e.V., Bündnis der Kurden und Kurdischen Vereine
Berlin - Brandenburg, Avadani, Dersim Gemeinde zu Berlin, Komkar Berlin,
Navenda C. D. Kurd e. V., Yezidische Gemeinde e. V., Mala Gelé Kurdistan e. V.,
Yekmal e. V., Zaza Enstîtûsî, Gimgim e. V., Allmende e. V., Kerkukische Freunde e. V.,
Syrische Kurden & Kommunist Adimlar Platformu

Ort: Dersim Gemeinde
Waterloo-Ufer 5-7, 10961 Berlin
(U-Bahn Hallesches Tor)

LAG Hartz IV Berlin (Landesarbeitsgemein- schaft Hartz IV)

Die LAG Hartz IV Berlin wurde auf Bestreben einiger engagierter Mitglieder der Partei Die Linke am 22. November 2008 gegründet, um die Interessen der Betroffenen der Hartz-IV-Gesetze zu vertreten.

Zu Beginn wurde auf eine bundesweite Interessenvertretung durch die damaligen Sprecher Werner Schulten und Karin Schwabe sowie einer gegründeten AG hingearbeitet, was in der Gründung der BAG Hartz IV am 6. März 2009 gipfelte, der mittlerweile zwölf Landesarbeitsgemeinschaften angehören. Es wurden Initiativen unterstützt, eigene Aktionen durchgeführt, an Demonstrationen mit Bündnispartnern teilgenommen und Wahlkampf im Superwahljahr 2009 gemacht.

Am 21. November 2009 wurde ein neuer SprecherInnenrat gewählt, in den aus unserem Bezirk als Sprecherin Marita Filipowsky, Landeskoordinator Kai Drether und als Beisitzerin Yasemin Aktay berufen wurden. Dabei muß man natürlich die anderen LAG-Mitglieder des Bezirks erwähnen, die sich massiv für die Belange der LAG Hartz IV einsetzen.

Das Ziel unserer LAG sowie der BAG ist, den Klassenkampf in unserer Zeit wieder aufzugreifen und für die Unterprivilegierten dieser kapitalistischen Gesellschaft einzutreten. Deshalb suchen wir Aktivisten, die bereit sind mitzuarbeiten und uns zu unterstützen. Als Informationsquelle solltet ihr die Internetseite www.bag-hartz-iv.de besuchen, die ständig aktualisiert die neuesten Vorkommnisse in unserem Bereich dokumentiert. **Kai Drether** Landeskoordinator der **LAG Hartz IV Berlin, am 12.3.2010 um 19 Uhr** im **Karl-Liebknecht-Haus**

DIE LINKE.

Tempelhof - Schöneberg

Bezirksgeschäftsstelle:

Feurigstr. 68, 10827

Berlin

Öffnungszeiten:

Mo, Di, Do: 11 - 18 Uhr

Fr: 11 - 15 Uhr

Telefon: 21 99 71 40

Fax: 21 7 29 26

e-Mail: bezirk@die-linke-tempelhof-schoeneberg.de

Termine:

Bezirksvorstand

2.03 u. 23.03 um 19

Uhr in der Roten Insel

GMVV 9.4.19 Uhr R.I.

Basisorganisationen:

BO Schöneberg

8.03., um 19 Uhr Frau-

entag, Roten Insel

BO Tempelhof

11.03., 19 Uhr, Ver-

einseck 67, Friedrich-

Wilhelmstr. 67

BO Olivenbaum

5.04., 19 Uhr, Rote

Insel

BO Arbeit und Sozi-

ales

29.03., 19 Uhr in der

Roten Insel

Arbeitskreise:

AKK siehe bitte S. 3

Arbeitskreis Flücht-

lings- und Migrati-

onspolitik

19.03 um 18 Uhr in

der Roten Insel

AK ELViS

Siehe bitte S. 6

Sonstige Treffen:

Inselgespräche

je. 1. Sa. im M. um 15

Uhr in der Roten Insel

IG Nahverkehr

jeden 2. Mi. im M. 17

Uhr in der Roten Insel

Impressum

Herausgeber: DIE LINKE.

Berlin, Klein Alexanderstr.

28, 10178 Berlin

Redaktion: DIE LINKE.

Tempelhof-Schöneberg

Konto: 43 84 81 68 06,

Berliner Bank

BLZ: 100 200 00

Erscheinungsweise:

10mal jährlich

Auflage: 2000 Exempl.

V.i.S.d.P.: Carsten

Schulz; **Layout:** Grace

Irazoque; **Druck:**

Bunter Hund; Namentlich

gekennzeichnete Artikel geben

die Meinung des Autors wieder

und entsprechen nicht immer der

Meinung der Redaktion und des

Bezirksvorstandes.

Schlussredaktion: 24.02.2010

Erscheinung: 6.03.2010

BOLIVIEN IN SCHÖNEBERG PRÄSENT

Schöneberg. S.E. der Botschafter des Plurinationalen Staates Bolivien Herr Walter Prudencio Magne Veliz, war am Samstag den 30. Januar 2010 um 16 Uhr zu Gast in der Steinmetzstr. 68 in Schöneberg.

Das Ziel dieser Veranstaltung, war den Berlinern und Schönebergern jeglicher Herkunft, Bolivien mit allen Sinnen zu präsentieren: Hören, sehen, kosten und anfassen. Zugleich förderte man den Austausch mit Menschen und nutzte die Gelegenheit um den Menschen die aktuelle Situation Boliviens näher zu bringen. Das Programm war folgendermaßen gegliedert: Die Eröffnung durch den Leiter der Steinmetzstr., Herr Nasser, gefolgt von der Ansprache des Botschafters von Bolivien, S.E. Magne Veliz. Im Anschluß präsentierte man eine kulturelle wie auch musikalische Darbietung

verschiedener Tänze Boliviens (Huayño, Caporal und Tobas). Dargestellt durch die bolivianische Tanzgruppe Wara e.V. Der Endpunkt der Veranstaltung war die Eröffnung eines bolivianischen -arabischen Buffets. Die Diversität und Anzahl des Publikums, bewiesen das Interesse für diese Veranstaltung. Es waren Deutsche, Afrikaner, Araber, Asiaten, Kurden, Türken usw. präsent. Für diesen Tag wurde die Integration groß geschrieben.

Errungenschaften der bolivianischen Regierung war eine Neue Verfassung, die die Grunddienstleistungen an Bildung, Gesundheitsversorgung, Wasser und Menschenrechten garantiert. Die Einnahmen aus der Verstaatlichung, der Erdöl- und Gasindustrie im Jahre 2006, fließen direkt in die Armutsbekämpfung. M.S.

Weltkonferenz der Völker über den Klimawandel und die Rechte der Mutter Erde

Indem wir berücksichtigen, dass der Klimawandel eine reale Bedrohung für die Existenz der Menschheit, die Lebewesen und unserer Mutter Erde darstellt, wie wir heute wissen; **indem** wir auf die große Gefahr hinweisen, die für Inseln, Küstengebiete, Gletscherzonen des Himalaya, der Anden und der Gebirge der Welt, die Erdpole, heiße Zonen wie Afrika, Wasserquellen, Bevölkerungsgruppen, die von wachsenden Naturkatastrophen bedroht sind, Pflanzen, Tiere und Ökosysteme im allgemeinen bestehen; **indem** wir vor Augen führen, dass die durch den Klimawandel am meisten Betroffenen die Ärmsten dieses Planeten sein werden, deren Heimstätten und Überlebensquellen zerstört werden, und die zur Migration und Zufluchtssuche gezwungen sein werden; **indem** wir unterstreichen, dass 75% der Treibgasemissionen der Welt im Laufe der Geschichte von den in irrationaler Weise industrialisierten Ländern des Nordens erzeugt wurden; **indem** wir feststellen, dass der Klimawandel Produkt des kapitalistischen Systems ist; **indem** wir das Scheitern der Konferenz von Kopenhagen beklagen, für das die „entwickelt“ genannten Länder verantwortlich sind, die ihre klimatische Schuld gegenüber den Entwicklungsländern, den zukünftigen Generationen und der Mutter Erde nicht anerkennen wollen; **indem** wir unterstreichen, dass es für die volle Garantie der Menschenrechte im 21. Jahrhundert erforderlich ist, die Rechte der Mutter Erde anzuerkennen und zu respektieren; **indem** wir erneut die Notwendigkeit betonen, für Klimagerechtigkeit zu kämpfen; **indem** wir die Notwendigkeit erkennen, dringliche Maßnahmen zu ergreifen, um größere Schäden und Leiden von der Menschheit und der Mutter Erde abzuwenden und **indem** wir den **Internationalen Tag der Mutter Erde** begehnen, ruft die Regierung des Plurinationalen Staates Bolivien die Völker, die sozialen Bewegungen und Umweltbewegungen der Welt auf und lädt die Wissenschaftler, Intellektuellen, Juristen und Regierungen, die mit ihren Völkern arbeiten wollen, ein zu der Weltkonferenz der Völker über den Klimawandel und die Rechte der Mutter Erde, die **vom 20.-22. April 2010 in der Stadt Cochabamba, Bolivien**, stattfinden wird. **Die Weltkonferenz der Völker über den Klimawandel und die Rechte der Mutter Erde hat die Ziele:**

- 1) die strukturellen und systemischen Ursachen zu analysieren, die den Klimawandel hervorrufen, und grundlegende Maßnahmen vorzuschlagen, die das Wohlergehen der ganzen Menschheit in Harmonie mit der Natur ermöglichen;
- 2) den Entwurf einer Allgemeinen Erklärung der Rechte der Mutter Erde zu diskutieren und zu verabschieden;
- 3) Vorschläge für neue

Verpflichtungen zum Kyoto-Protokoll und für Beschlüsse zur Rahmenkonvention der Vereinten Nationen über den Klimawandel abzustimmen, die das Handeln der dem Leben verpflichteten Regierungen in den Verhandlungen zum Klimawandel sowie in allen Bereichen der Vereinten Nationen leiten sollen hinsichtlich

a) der Klimaschuld, b) Migranten und Flüchtlingen auf Grund des Klimawandels, c) Reduzierung von Emissionen, d) Anpassung, e) Technologietransfer, f) Finanzierung, g) Wälder und Klimawandel, h) gemeinsame Standpunkte, i) indigene Völker und, j) andere;

4) für die Organisation eines Weltreferendums der Völker über den Klimawandel zu arbeiten; 5) einen Aktionsplan zu analysieren und zu erarbeiten, um zur Konstituierung eines Tribunals der Klimagerechtigkeit zu gelangen; 6) die Strategien der Aktion und Mobilisierung zur Verteidigung des Lebens angesichts des Klimawandels und für die Rechte der Mutter Erde zu definieren. Bolivien, 5. Januar 2010.

Evo Morales Ayma

Präsident des Plurinationalen Staates Bolivien

Wie kann man die Konferenz unterstützen?

-Wenn Sie eine soziale Organisation, akademische Institution, Organisationen von Jugendlichen, Frauen, Werktätigen oder eine religiöse Organisation vertreten, die gegen die wirklichen Ursachen des Klimawandels angehen will: Schreiben Sie sich ein und nehmen Sie an der Konferenz teil. <http://cmpcc.org/registro/>

- Wenn Sie nicht kommen können, notieren Sie sich das Ereignis in Ihrem Plan. Wir hoffen, die virtuelle Teilnahme ermöglichen zu können, wenn wir die Ressourcen dafür finden. - **Helfen Sie**, die Veranstaltung über Ihre Netze und Organisationen bekannt zu machen.

- Sie können mit Blogs, schriftlich, über Twitter und mündlich mitarbeiten. - **Sie können** sich an einer Arbeitsgruppe beteiligen. Wenn Sie ein Kommunikationsmedium vertreten: - **Melden Sie sich an** zur Teilnahme und um Pressecommuniqués zu erhalten, indem Sie eine e-Mail schicken an: media@cmpcc.org - Berichten Sie über das Ereignis. Wenn Sie eine Gruppe oder Institution vertreten, die finanzielle Unterstützung geben kann: - Versuchen Sie die Kostenübernahme für Delegierte aus Ländern des Südens und Gemeinschaften mit niedrigem Einkommen zu erlangen, die sonst nicht teilnehmen könnten. **Kontaktpunkte** Für allgemeine Anfragen und über die Anmeldung: - info@cmpcc.org Arbeitsgruppen: - workingroup@cmpcc.org Weitere Information und Registrierung der Teilnehmer: <http://cmpcc.org> **Information in berlin:** Embajada.bolivia@berlin.de